Neue Osnabrücker Zeitung, 11. 1. 1992

„Versteckspiel mit der Wirklichkeit beenden“

Vortrag über die „neue Einwanderungssituation“

„Wanderungen haben Geschichte in diesem Land, auch die Angst davor.“ In der Welle von Fremdenfeindlichkeit, die die Bundesrepublik erlebt, macht das Schreckgespenst von der Bedrohung durch eine neue „Völkerwanderung“ aus dem Osten und Süden der Welt die Runde. Daß die Bewegung von Menschen über Grenzen und die Begegnung ihrer Kulturen keine Ausnahme, sondern historisch gesehen die Regel sind, darüber referierte Prof. Klaus J. Bade in seinem Vortrag „Die neue Einwanderungssituation — Geschichtserfahrung und Zukunftsangst“ in der Lagerhalle.

Der Leiter des Instituts für Migrationsforschung und interkulturelle Studien (IMIS) der Universität eröffnete damit die Veranstaltungsreihe „Multikulturelle Gesellschaft – erleben und gestalten“, die die Lagerhalle, die Evangelische Erwachsenenbildung und IMIS gemeinsam anbieten.

„Die Deutschen haben in ihrer Geschichte alles, was an Wanderungen denkbar ist, erlebt, durchlitten und auch verursacht.“ Nach großen Auswandererströmen im 19. Jahrhundert habe sich die Situation umgekehrt. Im westlichen Nachkriegsdeutschland gehe ein Drittel der Bevölkerung auf Zuwanderungen zurück. Die Bundesrepublik sei kein klassisches, jedoch ein Einwanderungsland neuen Typs. Auf diese veränderte gesellschaftliche Situation machten Wissenschaftler und Praktiker der Ausländerarbeit seit über einem Jahrzehnt aufmerksam, hob Bade mit Nachdruck hervor. Den politisch Verantwortlichen, die noch immer vor dieser Tatsache die Augen verschlössen, warf der Historiker „mangelnde politische Sorgfaltspflicht“ im Umgang mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit vor.

Die als „Gastarbeiter“ ins Land gekommenen Menschen sind in rechtlicher Sicht Ausländer. Viele leben inzwischen in der dritten Generation in der Bundesrepublik und seien de facto Einwanderer.

Als „fremde Deutsche“ bezeichnete Bade die Einwanderer aus den osteuropäischen Staaten, die ähnlich wie die Übersiedler unter Identifikations- und Integrationsproblemen im Aufnahmeland Deutschland litten. Auch die Bürger in der früheren DDR erlebten eine „Entfremdung zu Hause“ durch die Überstülpung anderer gesellschaftlicher Verhältnisse. Längst habe sich eine „neue ethno-soziale Hackordnung“ herausgebildet, meinte der Referent. Hier stünden nicht nur „Wessis“ gegen „Ossis“, sondern Übersiedler gegen deutschstämmige Aussiedler, deutschsprachige gegen fremdsprachige Aussiedler und alle zusammen gegen Ausländer, Asylsuchende und Flüchtlinge.

Dringend forderte Bade die Erarbeitung übergreifender und ganzheitlicher Konzepte zur Einwanderungsgesetzgebung und -politik, die der neuen Einwanderungssituation Rechnung trügen und Migrations-Integrations und Minderheitenprobleme berücksichtigten. Zur Gestaltung des sozialen Friedens bedürfe es eines entsprechenden wegweisenden Instrumentariums, mit dem eine Prozeßsteuerung nach außen ermöglicht werde. Zugleich sei eine Gesetzgebung und Politik für Einwanderer vonnöten, die ihre Belange nach der Einwanderung kläre und beispielsweise die Gleichstellung aller ethnischen Gruppen verankere. Es sei an der Zeit, das „Versteckspiel mit der Wirklichkeit“ zu beenden, mahnte Bade. **hae**